



Der Energiepflanzenanbau gefährdet das Recht auf Nahrung

Entwicklungspolitische Perspektive der aktuellen Biokraftstoffpolitik

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass der Anbau von Energiepflanzen für Biokraftstoffzwecke für die Destabilisierung der Ernährungssicherung mitverantwortlich ist: Er verursacht Preissteigerungen und -schwankungen für Nahrungsmittel und schafft Anreize für eine veränderte Landnutzung. Auch in Entwicklungs- und Schwellenländern werden in den letzten Jahren statt Nahrungs- und Futtermittel vermehrt Pflanzen wie Palmöl, Soja oder Zuckerrohr für die Verwendung als Biokraftstoffe angebaut. In den Entwicklungsländern kommt es dabei häufig zu sozialen Problemen, weil die Landnutzungsrechte der einheimischen Bevölkerung verletzt werden, ihnen das Land auf illegale Weise entzogen wird, sie unter Missachtung menschen- und arbeitsrechtlicher Standards auf den Ländereien oft mit Löhnen unterhalb des Existenzminimums arbeiten müssen oder sie bei Eigenproduktion keine Preise bekommen, die ihre Kosten als Erzeugerinnen und Erzeuger ausreichend decken. Die Verletzungen dieser Standards sind in vielen Fällen dokumentiert.

Zwar existieren für den Anbau von Energiepflanzen für Biokraftstoffe ökologische Nachhaltigkeitskriterien, die auch zertifiziert werden. Sie haben jedoch entscheidende Lücken. So werden zum Beispiel indirekte Landnutzungsänderungen nicht berücksichtigt. Das heißt, der Anbau von Energiepflanzen auf zertifizierten Böden verdrängt den Anbau von Pflanzen für die Nahrungsmittelproduktion auf nicht-zertifizierte, wo keinerlei Kriterien gelten. Die Zertifizierungssysteme allein greifen also zu kurz, um der Zerstörung von Natur, Artenvielfalt, Wassersystemen und Bodenqualität entgegenzuwirken. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der Biokraftstoffe bei einer umfassenden Treibhausgasbilanzierung häufig sogar noch schlechter abschneiden als konventionelle Kraftstoffe. Dies gilt vor allem für Biodiesel, für den heimische Öle, die für die Kraftstoffproduktion genutzt werden, in der Nahrungsmittelproduktion durch billiges Palmöl ersetzt werden. Für dieses Palmöl wird zum Beispiel in Indonesien der Regenwald abgeholzt und Moore trockengelegt – mit erheblichen Treibhausgaswirkungen.

Politischer Handlungsbedarf ist erforderlich

Brot für die Welt setzt sich deswegen für eine Änderung der gegenwärtigen Biokraftstoffpolitik ein. Zentrale Forderungen dafür sind:

1. Die rechtsverbindliche und langjährige Fest-schreibung des Zehn-Prozent-Beimischungsziels der EU für Biokraftstoffe ist aus entwicklungs-politischen Gründen zu reduzieren. Angesichts des Fehlens von verbindlichen Sozialstandards, der erst ab 2020 vorgesehenen Berücksichtigung von indirekten Landnutzungsänderungen und der Probleme beim Aufbau und der Durchset-zung von robusten Zertifizierungssystemen in vielen Ländern sollte sich die neue Quote am jet-zigen Stand des Biokraftstoffverbrauchs im Ver-kehrssektor von ungefähr fünf Prozent orientie-ren.
2. Die Quote sollte ferner kombiniert werden mit Anreizsystemen, die fortgeschrittenen Biokraft-stoffen der zweiten und dritten Generation zur Marktfähigkeit verhelfen.
3. Biomasse, die von Flächen stammt, bei denen Landkonflikte und ungeklärte Landrechte an-hängig sind, können aufgrund der Risiken für besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgrup-pen nicht auf die Quote angerechnet werden.
4. Indirekte Landnutzungsänderungen sollten an-gerechnet werden.
5. Effektive Umweltstandards müssen um Sozial-standards ergänzt werden, um die Einhaltung internationaler Verpflichtungen zu gewährleis-ten. Dazu gehört das Menschenrecht auf an-gemessene Nahrung, das Menschenrecht auf Wasser, die ILO-Kernarbeitsnormen, die ILO-Konvention 169 über die Rechte indigener und in Stämmen lebender Völker und schließlich der Prior Informed Consent mit betroffenen Bevöl-kerungsgruppen. Grundlage für diese Standard-setzung sind die freiwilligen Leitlinien des Zu-gangs zu Land, die 2012 von der internationalen Staatengemeinschaft verabschiedet wurden.
6. Die Programme zur Förderung des Energie-pflanzenanbaus in den Ländern des Südens müssen in nationale Strategien der Ernährungs-sicherung und in eine Flächennutzungsplanung eingebettet sein. Im Fall von Versorgungskrisen müssen sie flexibel anpassbar sein und die loka-len Preiseffekte und ihre Folgen für die Ernäh-rungssicherheit berücksichtigen.

7. Im Rahmen der Entwicklungszusammenar-beit können, neben der dringenden Förderung von erneuerbaren Energieträgern für die ar-men Bevölkerungsschichten, die Partnerländer unterstützt werden, Aspekte der Ernährungs-sicherung und Armutsbekämpfung in die Erar-beitung von biomasserelevanten Strategien und Gesetzen einfließen zu lassen.

Für Brot für die Welt ist eine Energiewende im Verkehrssektor der EU und anderer Länder integ-raler Bestandteil einer weiter gefassten, zukunfts-fähigen und nachhaltigen Mobilität. Im Rahmen dieser ist der verstärkte Einsatz von erneuerba-ren Energien - und hierbei wiederum auch der be-grenzte Einsatz von Biokraftstoffen - ein wichti-ges Element. Doch der Einsatz von Biokraftstoffen muss in einer Balance klimapolitischer, verkehr-spolitischer, energiepolitischer und ernährungs-po-litischer Anforderungen erfolgen.

Neben dieser Kurzfassung besteht noch eine Lang-fassung der Positionsbestimmung von Brot für die Welt zum Einsatz von Biokraftstoffen.

Impressum

Herausgeber Brot für die Welt -
Evangelischer Entwicklungsdienst,
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.,
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Telefon 030 65211 0, E-Mail info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autor Bernhard Walter

Redaktion Maike Lukow, Sonja Weinreich

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Foto Florian Kopp

Layout Grafik-Atelier Reinhard Mang

Druck RetschDruck, Nagold
Gedruckt auf Recycling-Papier

Art. Nr. 129 5 0164 0

November 2016, 2. Auflage

Spenden

Brot für die Welt
Kontonummer: 500 500 500
Bank für Kirche und Diakonie
BLZ 1006 1006
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC GENODED1KDB